

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit

Am 27. April 1999 teilte Freimut Duve, Beauftragter der OSZE für Medienfreiheit, in einer Presseerklärung mit, er sei wegen des Angriffs der NATO-Bomber auf die Zentrale des serbischen staatlichen Fernsehens RTS in Belgrad "ernsthaft besorgt".¹ Bei dem Angriff, der am 23. April 1999 erfolgt war, wurden 16 RTS-Mitarbeiter getötet und zahlreiche weitere verletzt.

Duve erklärte, er sei sich zwar dessen völlig bewusst, dass das staatliche Fernsehen das Rückgrat der Kriegspropagandamaschinerie Miloševićs ist; er sei aber dennoch besorgt, dass in zukünftigen Konflikten Journalisten als "Kombattanten" behandelt werden würden. Einen solchen Präzedenzfall zu schaffen wäre "äußerst gefährlich". Obwohl das Kommentieren der Handlungen anderer internationaler Organisationen nicht zu seinen Prioritäten gehöre, hoffe er doch, dass die NATO seine Besorgnis berücksichtigen werde, hieß es in der Presseerklärung.

Die NATO-Befehlshaber und einige führende Politiker aus den NATO-Staaten teilten Duves Besorgnis nicht. Vor allem US-amerikanische und britische Regierungsvertreter stellten sich voll und ganz hinter den Angriff. Noch ein Jahr später, am 12. Juni 2000, betonte der frühere Oberbefehlshaber der NATO, der US-amerikanische General Wesley Clark, dass dieser Angriff ein "gewaltiger Schritt" zur Beseitigung dieses "wichtigen Instruments der Provokation" gewesen sei.² Führende Menschenrechtsorganisationen und Journalistenverbände wie *Amnesty International* und die *International Federation of Journalists* sowie weitere nichtstaatliche Organisationen aus aller Welt hingegen hatten den Angriff seinerzeit aufs Schärfste verurteilt. Ihre Proteste wirkten sich jedoch in keinerlei erkennbarer Weise auf die Behandlung von Journalisten und Medien im weiteren Kriegsverlauf oder auf die internationale Debatte über den Schutz von Journalisten in Konfliktsituationen aus. Im Juni 2000 erklärte der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in einem Schreiben an *Amnesty International*, seine Ankläger sähen keine Veranlassung, eine Untersuchung wegen des NATO-Angriffs auf das serbische Fernsehen und andere zivile Ziele einzuleiten.³

1 Duve Concerned With the Bombing of RTS, Presseerklärung des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit vom 27. April 1999 (dieses und alle folgenden Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

2 Clark calls Attack on Serbian Media Center Necessary, in: RFE/RL vom 12. August 2000.

3 Vgö. Amnesty International's initial comments on the review by the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia of NATO's Operation Allied Force, AI Index EUR 70/029/2000, News Service Nr. 116. In den Absätzen 55 und 76 der Mitteilung des Tribunals heißt es, dass Medien "ein legitimes militärisches Ziel" werden können, falls sie "das Nervensystem sind, das die Kriegstreiber an der Macht hält und somit die Kriegsanstrengungen fördert".

Für die Arbeit des OSZE-Medienbeauftragten war der Angriff auf das serbische Fernsehen, bei dem 16 Menschen den Tod fanden, wohl die schwerste Prüfung seit der Einrichtung dieses Amtes im Dezember 1997. Hätte der OSZE-Medienbeauftragte angesichts dieses Blutbades geschwiegen, wäre es um seine Glaubwürdigkeit geschehen gewesen. Denn zu den wichtigsten Erkenntnissen des ersten Amtsträgers, des deutschen Sozialdemokraten Freimut Duve, gehört das unablässige Anprangern der "Zensur durch Mord". Darüber hinaus ist, wie Duve nicht nur einmal betonte, die Frage "Wie gehen Demokratien mit kriegerischen Auseinandersetzungen um?" zum "permanenten Testfall der journalistischen Freiheit" und somit auch zu einer der "zentralen Herausforderungen" seiner Arbeit geworden.⁴ Allerdings zeigte dieser folgenschwere Fall auch die Grenzen der Wirkungsmöglichkeit des OSZE-Medienombudsmannes auf. Während ihm wenig mehr als deutliche Worte zur Verfügung stehen, um die internationale Öffentlichkeit zu mobilisieren, stehen den Menschen, die über Macht verfügen, seien es Regierungen oder auch gewöhnliche Kriminelle, kaum Hindernisse im Weg, wenn sie unbequeme oder auch unerwünschte Stimmen in den Medien zum Verstummen bringen wollen - oft durch Mord.

Medien nach dem Ende der Einparteienherrschaften in Mittel- und Osteuropa

Am 18. Dezember 1997 wurde Freimut Duve auf der OSZE-Ministerratstagung in Kopenhagen zum ersten Beauftragten der OSZE für Medienfreiheit berufen. Vorausgegangen war eine diplomatische Initiative des damaligen deutschen Außenministers Klaus Kinkel. Das verstärkte Interesse an Fragen der Medienfreiheit in Bonn und anderen westlichen Hauptstädten scheint in erster Linie auf die problematischen Entwicklungen auf diesem Gebiet in vielen der so genannten Transitionsländer Ost- und Südosteuropas und insbesondere auf die Bedeutung der Kriegspropaganda in den Nachrichtenmedien im ehemaligen Jugoslawien zurückzugehen.

In den "neuen" Demokratien, die in den ehemaligen Einparteienstaaten entstanden, ergab sich nach der Wende 1989/1990 keinesfalls automatisch ein günstiges Klima für die Entfaltung der Meinungs- und Pressefreiheit. Im Gegenteil: In zentralasiatischen, kaukasischen und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion kontrollierten die Regierungen die Medienlandschaft nach wie vor, oft mit eiserner Hand.⁵ In Ungarn, der Tschechischen Republik und anderen mittelosteuropäischen Staaten brachen seit der Einführung des Parteienpluralismus immer wieder "Medienkriege" aus, bei denen es um die

4 Freimut Duve, Medienfreiheit organisieren. Ein Amt für Pressefreiheit in der OSZE, in: Internationale Politik 5/2001, S. 37-42, hier: S. 40.

5 Vgl. dazu die nunmehr über 50 Berichte des Europäischen Medieninstituts in Düsseldorf seit 1992 über die Berichterstattung vor Wahlen in Transitionsländern zwischen Südosteuropa und Zentralasien, www.eim.org.

Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Sender und andere wichtige Nachrichtenorganisationen ging.⁶ Offensichtlich verstanden zahlreiche Politiker die unmittelbare Verfügung über die Medien als Teil ihrer Machtfülle nach gewonnenen Parlamentswahlen. Dies führte zum Widerstand der Opposition, der Journalisten und der Öffentlichkeit. Die Konflikte um die Medien haben die Demokratisierung der politischen Praxis in den postkommunistischen Ländern unübersehbar beeinträchtigt.

Ein besonderer Fall ist das frühere Jugoslawien, wo es unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei eine lebhafte und nur zum Teil zensierte Medienlandschaft gab. Vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahre 1991 wurde der spätere Waffengang jedoch zunächst durch den Krieg der Worte vorbereitet und geprobt. Zahlreiche Medien wurden zu hemmungslosen Sprachrohren der ethnochauvinistischen Propaganda. Andererseits verdienten sich in den nachfolgenden Jahren nicht wenige Zeitungen, Hörfunk- und Fernsehsender Lorbeeren im Kampf gegen die nationalistischen Despoten in Serbien, Kroatien und Bosnien.

Duve selbst fasste den Hintergrund der Entstehung seines Amtes so zusammen: "Als die OSZE als erste regionale Organisation der Vereinten Nationen dieses interventionsberechtigte Amt eines Beauftragten für die Freiheit der Medien einrichtete, war dies nur möglich aus der besonderen Helsinki-Geschichte. Ohne 'Solidarność', ohne Alexander *Solshenyzin*, ohne Václav *Havel*, ohne die Tausende ungenannter Autoren, von denen viele noch in den siebziger Jahren zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, ist diese Bereitschaft zur übernationalen Beobachtung der Pressefreiheit nicht zu verstehen."⁷

Das Mandat

Am 5. November 1997 beschloss der Ständige Rat der OSZE die Einrichtung des Amtes des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und den Wortlaut seines Mandats. "Dadurch soll die Umsetzung der einschlägigen OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen verstärkt werden und abgestimmtes Vorgehen der Teilnehmerstaaten auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Werte größere Durchschlagkraft erhalten"⁸, heißt es in dem Beschluss. In diesem Dokument werden dem Amt u.a. folgende Aufgaben zugewiesen:

- Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit soll in allen Teilnehmerstaaten die maßgeblichen Entwicklungen im Medienbereich beobachten und für die vollständige Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit eintre-

6 Vgl. dazu Péter Bajomi-Lázár/István Hegedüs (Hrsg.), *Media and Politics*, Budapest 2001.

7 Duve, a.a.O. (Anm. 4), S. 37 (Hervorhebungen im Original).

8 OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 193, PC.DEC/193 vom 5. November 1997.

ten und diese fördern. In dieser Hinsicht soll ihm eine Frühwarnfunktion zukommen.

- Der Schwerpunkt der Tätigkeit des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit soll darin bestehen, bei schweren Verstößen von Teilnehmerstaaten gegen die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit zu reagieren. Er soll sich um die Aufnahme direkter Kontakte mit dem Teilnehmerstaat und anderen betroffenen Parteien bemühen, den Sachverhalt beurteilen, dem Teilnehmerstaat Hilfestellung leisten und zur Lösung des Problems beitragen.
- Der OSZE-Beauftragte kann von Teilnehmerstaaten und von anderer interessierter Seite, z.B. von Medien, nationalen und internationalen Medienverbänden sowie von anderen einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen, Informationen über die Mediensituation einholen. Er soll eng mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) sowie dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) zusammenarbeiten und auch mit den Vereinten Nationen, dem Europarat und einschlägigen internationalen Organisationen kooperieren. Er darf jedoch nicht mit Personen oder Organisationen in Verbindung treten, die Terror oder Gewalt ausüben oder befürworten.
- Der OSZE-Beauftragte berät sich routinemäßig mit dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und erstattet regelmäßig Bericht an den Ständigen Rat. Alljährlich berichtet er beim Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension bzw. dem OSZE-Überprüfungstreffen über den Stand der Umsetzung der OSZE-Prinzipien in Bezug auf Medienfreiheit.

Zusammenfassend können folgende Funktionen als die drei wichtigsten Aufgaben des OSZE-Medienbeauftragten bezeichnet werden:

1. Beobachtung und Berichterstattung der Entwicklung in den OSZE-Staaten hinsichtlich der Medienfreiheit,
2. Frühwarnfunktion im Hinblick auf mögliche Beeinträchtigungen der Medienfreiheit sowie
3. schnelles Eingreifen bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Medienfreiheit.

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit wird vom Ministerrat auf Empfehlung des Amtierenden Vorsitzenden nach Rücksprache mit den Teilnehmerstaaten bestellt. Es soll sich um eine "herausragende internationale Persönlichkeit mit langjähriger einschlägiger Erfahrung" handeln, von der man eine "unparteiische Wahrnehmung ihres Amtes erwarten kann". Die Amtszeit beträgt drei Jahre und kann um weitere drei Jahre verlängert werden. Amtssitz ist Wien.

Im Sommer 2001 waren zehn Mitarbeiter aus neun Staaten im Büro des Beauftragten beschäftigt. Diese Zahl dürfte allerdings noch steigen, wenn die OSZE-Gremien Duves Vorschläge für eine Erweiterung der Projekte, an denen sich das Büro des Medienbeauftragten beteiligt, gutheißen und eine dementsprechend bessere finanzielle und personelle Ausstattung befürworten. Im OSZE-Haushalt für das Jahr 2001 waren 647.800 Euro für das Amt des Medienbeauftragten vorgesehen. Das sind zwar nur 0,34 Prozent des Gesamtbudgets der OSZE; es bedeutet aber immerhin eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr, in dem 0,24 Prozent (515.300 Euro) der Ausgaben der OSZE für diesen Zweck vorgesehen waren.

Der erste OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit

Erst im Frühsommer 2001 wurde Freimut Duve für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt. In Zeitungsberichten hieß es, aus Verärgerung über seine Kritik am Vorgehen Moskaus in Tschetschenien und als Zeichen des Protests habe Russland beim Ministerratstreffen der OSZE im November 2000 in Wien einer Verlängerung vorerst nur um ein halbes Jahr zugestimmt. US-amerikanische Quellen sprachen von einem angesehenen russischen Gegenkandidaten zu dem "umstrittenen" Amtsinhaber.⁹ Rückwirkend zum Jahresbeginn erfolgte dann im Juli 2001 doch die Bestätigung. Insbesondere deutsche Blätter hatten vorher von "massivem Druck" - nur zum Teil hinter den Kulissen - seitens autoritär regierter OSZE-Teilnehmerstaaten gegen den Medienbeauftragten berichtet.

Öffentlich wurde z.B. der Konflikt mit belarussischen Behörden, als Duve in der letzten Aprilwoche 2001 seine geplante Reise nach Minsk absagte. Die dortigen Stellen hatten zuvor Duves für Belarus zuständiger Mitarbeiterin, die früher an der US-amerikanischen Botschaft in Minsk in leitender Tätigkeit beschäftigt gewesen war, Schwierigkeiten bei der Erteilung des Visums gemacht. "Es kann nicht angehen, dass irgendein Land der 55 Teilnehmerstaaten darüber bestimmt, wen ich auf diese oder jene Reise mitnehme", erklärte Duve daraufhin vor Journalisten.

Schon als Bundestagsabgeordneter der SPD, der seit 1980 für mehr als vier Wahlperioden im Bundestag saß, und davor von 1970 bis 1989 als Herausgeber der Buchreihe rororo-aktuell hatte sich Duve (geboren 1936) einen Namen als Klartext-Redner gemacht. Später war er Abgeordneter in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und erhielt im November 1997 den Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken. Über ein Merkmal, das seine Persönlichkeit entscheidend prägt, schrieb Duve einmal selbst: "Was in meiner Jugend ein oft liebevoll spöttisch gemeintes Lob gewesen war - 'sehr idealistisch' -, hat mich in der Politik bis heute begleitet, immer noch spöttisch,

9 Vgl. Limited Renewal for the OSCE's Freimut Duve, in: Newsletter of the World Press Freedom Committee, 7. Dezember 2000.

heute aber als Tadel.¹⁰ Als "passionierten Weltverbesserer" bezeichnete ihn eine Züricher Zeitung.¹¹

Idealismus, aber auch viel Pragmatismus gehören zweifellos zu den wichtigsten Eigenschaften, die der Mandatsträger in diesem Amt besitzen muss. So waren und sind seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems in Mittel- und Osteuropa anstelle einer allgemein erwarteten ständigen Verbesserung heftige Rückschläge hinsichtlich der Medienfreiheit zu beobachten. Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist die Ermordung des ukrainischen Journalisten Georgij Gongadse im Jahre 2000, die in internationalen Zeitungsberichten mit höchsten staatlichen Stellen in der Ukraine in Zusammenhang gebracht wurde. Auf Vorschlag des Medienbeauftragten wurde Gongadse im Frühjahr 2001 posthum mit dem OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie ausgezeichnet. Das Büro des OSZE-Medienbeauftragten veranstaltete gleichzeitig zusammen mit dem ukrainischen Außenministerium eine Serie von Seminaren zur Medienfreiheit in verschiedenen Teilen des Landes.

Idealismus zeigt der erste OSZE-Medienbeauftragte auch in seinem Bemühen, "kein Buchhalter der Repression" zu sein, sondern insbesondere die "kulturelle und zivile Dimension" seines Amtes zu betonen. So sind die Jahrbücher des OSZE-Medienbeauftragten entstanden, die schon vom Design her diesen Anspruch dokumentieren. Die Buchdeckel tragen eine Illustration von Günter Grass mit dem Titel "Des Schreibers Hand", die aus einer Steinwüste emporkommt und einen spitzen Federkiel hält. Neben medienpezifischen Beiträgen sind auch Lyrik und literarische Essays von solch namhaften Autoren wie Dschingis Aitmatow oder Dragan Velikić enthalten.

Darüber hinaus sind zwei Bücher mit regionalem Bezug als Teil einer neuen Reihe unter Duves Ägide entstanden: "Kaukasus - Verteidigung der Zukunft" mit Beiträgen von Autoren unterschiedlicher ethnischer Herkunft aus dieser krisen- und kriegszerissenen Region sowie "Verteidigung der Zukunft - Suche im verminten Gelände", in dem zwölf Autoren aus dem ehemaligen Jugoslawien über die Auswirkungen der jüngsten Vergangenheit auf die Zukunft ihrer Heimat nachdenken.

Ein weiteres Projekt hat Duve im Jahr 2001 angestoßen, das kaum mit dem Image - und womöglich auch mit dem Mandat im engeren Sinn - einer internationalen Regierungsorganisation verbunden ist: Ein "*mobile culture container*" soll das ehemalige Jugoslawien bis Ende 2002 bereisen, um vor allem der Jugend einen Treffpunkt für den kulturellen Austausch anzubieten und Intoleranz und ethnischen Chauvinismus zu bekämpfen. Die finanziellen Mittel in Höhe von etwa 3,5 Millionen DM wurden im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa vor allem in Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Tschechischen Republik aufgebracht.

10 Freimut Duve, Vom Krieg in der Seele. Rücksichten eines Deutschen, Hamburg 1998, S. 18.

11 Peter Fürst, Schutzpatron der Pressefreiheit, in: Tages-Anzeiger, Zürich, 12. Juni 1999.

Die Aktivitäten

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit berichtet dem Ständigen Rat und anderen Gremien der OSZE regelmäßig von seinen Aktivitäten. Er wendet sich bei gegebenem Anlass auch mit Pressemitteilungen und Interviews an die Öffentlichkeit. Wie diesen Dokumenten zu entnehmen ist, richtet sich der größte Teil seiner Aktivitäten auf Vorgänge in "neuen Demokratien", obwohl in geringem Umfang auch Ereignisse in westlichen Demokratien Erwähnung finden.

So ging Duve in seinem Bericht an den Ständigen Rat der OSZE vom 19. Juli 2001 auf die Ankündigung des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi ein, er werde im September desselben Jahres den Einfluss auf sein Medienimperium aufgeben. Duve hob hervor, dass Halbheiten, die den Verdacht aufkommen ließen, dass er seinen Einfluss doch verdeckt behalte, hierbei nicht annehmbar wären. Duves besondere Besorgnis galt der Möglichkeit, dass ein solcher Ausgang der Dinge in einem EU-Land einigen politischen Führern in neuen Demokratien als Rechtfertigung dafür dienen könnte, wenigstens teilweise weiterhin die Kontrolle über die Medien zu behalten.

Andere in dem Bericht erwähnte Fälle, mit denen er sich beschäftigt hatte, sind für die Arbeit des OSZE-Medienbeauftragten charakteristisch: Es ging u.a. um die Ausübung von Druck auf Journalisten des Fernsehsenders Rustavi-2 in Georgien, um Berichte über 70 Fälle von Druckausübung auf Journalisten in Aserbaidschan allein im ersten Halbjahr 2001, um den Fall des Kameramanns Dmitri Sawadskij, der vor einem Jahr in Belarus verschwand, und um andere aktuelle Beispiele von Repression bis hin zu Morden an Journalisten in postkommunistischen OSZE-Ländern.

Ein Querschnitt der üblichen Aktivitäten des OSZE-Medienbeauftragten beinhaltet:

- öffentliche und diskrete Interventionen bei staatlichen Stellen zu Gunsten inhaftierter oder bedrängter Journalisten,
- Besuche bei staatlichen Stellen in Transitionsländern mit besonders ausgeprägten Problemen hinsichtlich der Medienfreiheit,
- Veröffentlichung von Länderberichten über die jeweilige Mediensituation,
- Veranstaltung von und Teilnahme an Konferenzen zu Medienthemen, die sich vor allem auf Transitionsländer beziehen,
- Initiieren öffentlicher Debatten über Themen wie die Verbesserung der Sicherheit von Journalisten in Konfliktzonen durch besondere Abzeichen.

Zwei Aspekte der Aktivitäten des OSZE-Medienbeauftragten werden teilweise kontrovers diskutiert. Zum einen stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von "östlichen" zu "westlichen" Themen. Zum zweiten erscheint die

Abgrenzung zur Arbeit nichtstaatlicher Organisationen im Medienbereich unklar.

Duve hat in einigen Interviews darauf hingewiesen, dass sich Vertreter westlicher Staaten jedes Mal "befremdet" zeigten, sobald sich sein Amt besorgt zu Fragen der Medienfreiheit in ihren Ländern äußere. Seine Antwort darauf sei stets, dass "Selbstgerechtigkeit (...) der schlimmste Feind der Gerechtigkeit" sei. "Darum muss man immer zuerst vor der eigenen Türe wischen".¹² Allerdings ist das, wie seine Erfahrungen auch zeigen, kein einfaches Vorhaben. So wurde es vom konservativen US-amerikanischen *World Press Freedom Committee* keineswegs positiv aufgenommen, dass Duve im Inhalt des Ersten Zusatzes zur US-Verfassung ein "Problem" bei der Bekämpfung der "Hasssprache" sieht. Berlusconi wies Duves Kritik wegen möglicher Interessenkonflikte zwischen Berlusconi, dem Medienmogul, und Berlusconi, dem Regierungschef, wütend zurück, worauf Duve mit den Worten zitiert wurde, er sei enttäuscht über die zurückhaltenden Reaktionen in der EU auf die Entwicklung in Italien.¹³ Duves Äußerungen zu Berlusconi wurden in seinem Heimatland von der CDU zum Anlass genommen, polemisch auf die Medienbeteiligungen der SPD, deren Mitglied Duve ist, hinzuweisen.¹⁴

Duve hat oft auf die "strukturelle Zensur" in den "neuen Demokratien" aufmerksam gemacht: die Monopolisierung der wenigen Druckereien durch den Staat, die Diskriminierung beim Vertrieb, vorgeschobene Inspektionen durch die Finanzbehörde, die Feuerpolizei oder die Sanitätsbehörden usw. Der OSZE-Medienbeauftragte hat diese Probleme dementsprechend in vielen seiner Aktivitäten berücksichtigt. Ebenso ernsten Problemen, die der Medienbeauftragte in der westlichen Medienlandschaft festgestellt hat, hat er sich bislang nicht in vergleichbarer Weise zugewandt. Dabei geht es nicht darum - wie geschehen -, dass der OSZE-Beauftragte öffentlich seine Besorgnis äußert, wenn spanische Journalisten gezielt von terroristischen Organisationen verfolgt werden oder wenn die italienische Polizei beim G8-Wirtschaftsgipfel in Genua Ende Juli 2001 Journalisten prügelt und verhaftet. Es geht hier vielmehr um strukturelle Probleme, wie z.B. - in Duves Worten - die "Industrialisierung der Medienwelt" und die damit zusammenhängende Bedrohung der journalistischen Freiheit innerhalb global operierender Medienunternehmen, deren Besitzer weit verzweigte andere Wirtschaftsinteressen verfolgen. "Der moderne Staat, die moderne Wirtschaft können nicht überleben ohne die korrigierende Debatte. So ist heute die Freiheit der journalistisch arbeitenden Medien eine globale Herausforderung", stellt Duve selbst fest.¹⁵

Die zweite Problemebene betrifft das konzeptuelle und finanzielle Verhältnis des OSZE-Medienbeauftragten zu nichtstaatlichen Organisationen. In den

12 Ebenda.

13 Vgl. Berlusconi rejects criticism, BBC News Online, 24. Mai 2001.

14 Vgl. CDU begrüßt Forderung nach der Trennung von Regierung und Medien, Erklärung des Generalsekretärs der CDU, Laurenz Meyer, vom 22. Mai 2001.

15 Freimut Duve, Für Stabilität und Pluralismus - Medienhilfe der OSZE, in: Magazin Deutschland 1/2000, online unter: www.magazin-deutschland.de.

Berichten an den Ständigen Rat der OSZE vom 5. April und 19. Juli 2001 hat Duve eine Ausweitung der Projektaktivitäten seines Amtes angekündigt. So will der OSZE-Beauftragte Seminare und Konferenzen zu Themen wie z.B. die Transformation ehemals staatlicher Sender in öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten in Mittel- und Osteuropa abhalten oder auch juristische Beratung für Journalisten in nichtkonsolidierten Demokratien z.B. in Zentralasien anbieten. Diese Vorhaben gehören jedoch seit Jahren zu den Kernaktivitäten zahlreicher internationaler nichtstaatlicher Organisationen. So bietet die Londoner NGO §19 seit vielen Jahren juristische Beratung in den Transitionsländern Afrikas und Asiens sowie Mittel- und Osteuropas an. Das Europäische Medieninstitut, die Internationale Journalistenföderation, das Internationale Presse Institut und viele andere nichtstaatliche Organisationen führen seit geraumer Zeit Projekte durch, die nun zunehmend auch zu den Aktivitäten des OSZE-Medienbeauftragten gehören. Dazu kommt noch, dass der Europarat in Straßburg über seine Medienabteilung mehr oder weniger identische Vorhaben durchführt - und die UNESCO zum Teil auch. All diese Organisationen klagen zwar seit Jahren über mangelnde Koordinierung, unternehmen jedoch nur wenig dagegen.

Für viele nichtstaatliche Organisationen, die sich mit Medien beschäftigen, kommen dieselben Geldquellen in Frage wie für Regierungsorganisationen, die vergleichbare Projekte durchführen. Dabei handelt es sich um nationale staatliche und andere Geldgeber wie politische und humanitäre Stiftungen sowie die Europäische Union. Diese Mittel sind begrenzt und jeder neue erfolgreiche Bewerber "auf dem Markt" schränkt die Aussicht der anderen Interessenten auf eine Projektfinanzierung ein. Sollte es nicht zu einer weit engeren Abstimmung zwischen den vielen Akteuren in diesem Bereich kommen, sind handfeste Konflikte zu erwarten. Dabei könnte nicht nur der Zugang zu Fördermitteln, sondern auch die grundlegende Frage, was eine Regierungsorganisation auf dem Gebiet der Medien unternehmen darf, die traditionell zu den wichtigsten Institutionen der Zivilgesellschaft gerechnet werden, kontrovers diskutiert werden.

Auswirkungen

Es ist ein bedeutender Gewinn für die noch immer zarte Pflanze der Rede- und Meinungsfreiheit in den "neuen Demokratien" unter den OSZE-Teilnehmerstaaten, dass es den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit gibt. Jeder Journalist weiß zwar, dass ihn letztlich nichts vor der Wut der "Macht", die er gereizt hat - sei es die staatliche oder die kriminelle, die beide oft in Personalunion auftreten -, bewahren kann. Nichtsdestoweniger steigen seine Chancen dadurch, dass "draußen" jemand ist, dessen Telefonanruf der Präsident nicht zurückweisen kann, sofern er auch nur etwas Wert auf sein internationales Ansehen legt. Dieser Telefonanruf oder die eilige Visite eines Vertre-

ters des OSZE-Medienbeauftragten kann für manche Journalisten und andere Autoren lebensrettend sein. Es besteht sogar die Chance, dass sich so etwas wie eine "Langzeitwirkung" einstellt: Die politischen Führer der "nichtkonsolidierten Demokratien" lernen zunehmend zu verstehen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen der Meinungsfreiheit im eigenen Lande, der Stellung im Ausland und der Bereitschaft des Westens, Kredite und andere Unterstützung zu gewähren. Oftmals ergibt sich daraus vorerst nur die Mimikry einer freien Öffentlichkeit, da hinter den Kulissen alte und neue Kontrollmechanismen wirken. Aber nicht einmal dies war vor einem Vierteljahrhundert, als die KSZE gegründet wurde, denkbar.

Offen bleibt, inwieweit der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit den noch in der KSZE-Geschichte begründeten Ost-West-Gegensatz in seiner alltäglichen Arbeit überwinden können. Die Jahrbücher des OSZE-Medienbeauftragten sind bisher mit der Überschrift "Freiheit und Verantwortung" erschienen. Ohne Zweifel wird sich sein Amt noch lange für die Freiheit der Medien, vor allem in Osteuropa, einsetzen müssen. Es bleibt noch die Herausforderung für den OSZE-Medienbeauftragten, größere internationale Öffentlichkeit herzustellen hinsichtlich der Verantwortung westlicher Medienzaren wie Berlusconi, Kirch oder Murdoch dafür, wie sie mit dem gewaltigen politischen und gesellschaftlichen Einfluss, den ihnen die Macht über die Medien verleiht, umgehen.